

DIESELFahrverbote VERHINDERN.

Nach einem Urteil des Verwaltungsgerichts Wiesbaden drohen für Frankfurt ab 1. Februar 2019 Dieselfahrverbote, falls die Berufung scheitert. Wiesbaden, Darmstadt und Offenbach werden vielleicht die nächsten Städte sein. Zehntausende Pendler und kleine Handwerksbetriebe könnten betroffen sein.

Eine SPD-geführte Landesregierung wird alles tun, um Fahrverbote verhindern und die Luftqualität zu steigern: Die Autoindustrie muss als Verursacher zur Nachrüstung der EURO-5-Diesel gezwungen werden – natürlich auf Kosten der Hersteller, nicht zulasten der Besitzer oder gar aller Steuerzahler. Die Nachrüstung ist möglich, sie ist wirksam und mit Kosten von rund 1.500 Euro pro Fahrzeug auch wirtschaftlich vertretbar.

Die seit 19 Jahren regierende Hessen-CDU hat es mehrfach versäumt, genug gegen Fahrverbote zu tun:

- Anders als die SPD hat sich die Hessen-CDU nicht frühzeitig bei Bundesverkehrsminister Scheuer (CSU) und seinen Vorgängern für Hardware-Nachrüstungen eingesetzt.
- Das Urteil dokumentiert daneben das Versagen des schwarz-grünen Luftreinhalteplans für Hessen. Das Gericht hat festgestellt, dass dieser Plan nichts taugt.
- Die Hessen-CDU hat 19 Jahre lang nichts unternommen, um mehr Pendlerinnen und Pendler für Bus und Bahn zu gewinnen.

ZUKUNFT

JETZT MACHEN

HÄUFIGE FRAGEN ZU DEN DROHENDEN DIESELFahrVERBOTEN

Warum und wo drohen Fahrverbote?

- Ältere Dieselfahrzeuge stoßen wegen Schummel-Software der Hersteller mehr Schadstoffe aus als eigentlich vorgesehen.
- Nach einem Urteil des Verwaltungsgerichts Wiesbaden drohen für Frankfurt ab 1. Februar 2019 großflächige Dieselfahrverbote, wenn die Berufung scheidert.
- Wiesbaden, Darmstadt und Offenbach könnten ebenfalls betroffen sein.

Was hat die in Hessen regierende schwarz-grüne Landesregierung dagegen getan?

Die seit 19 Jahren regierende Hessen-CDU hat es mehrfach versäumt, genug gegen Fahrverbote zu tun:

- Anders als die SPD in Bund und Land hat sich die Hessen-CDU nicht frühzeitig für Hardware-Nachrüstungen eingesetzt. Stattdessen wurde auf Zeit gespielt. Bundesverkehrsminister Scheuer (CSU) will sich (Stand: 19. September 2018) weiterhin nicht auf verbindliche Nachrüstungen festlegen, sondern offenbar die Dieselnutzer mit Lösungen abspeisen, bei denen sie draufzahlen. CDU und CSU trauen sich nicht, die Interessen der Dieselnutzer, kleinen Handwerksbetriebe und der Pendlerinnen und Pendler gegen die Lobby der Autokonzerne durchzusetzen.
- Das Urteil dokumentiert daneben das Scheitern der schwarz-grünen Landesregierung in der Mobilitätspolitik. Denn die Klage richtete sich gegen den Luftreinhalteplan der Landesregierung. Das Gericht hat festgestellt, dass dieser Plan nicht funktioniert. Denn Schwarz-Grün hat es nie für nötig gehalten, zukunftsfeste Mobilitätskonzepte für Hessen zu entwickeln. Die Chance, Bus und Bahn für Pendler attraktiver zu machen, wurde von der Hessen-CDU 19 Jahre lang vertan.

Welche Position hat die SPD?

- Eine SPD-geführte Landesregierung wird alles tun, um Fahrverbote zu verhindern und die Luftqualität zu steigern.
- Thorsten Schäfer-Gümbel und die SPD haben die Gefahr frühzeitig erkannt und seit längerem eine Nachrüstplicht auf Herstellerkosten eingefordert.
- Die Autoindustrie muss zur Nachrüstung der EURO-5-Diesel gezwungen werden. Der Bundesverkehrsminister muss anordnen, dass die betroffenen Fahrzeuge mit SCR-Katalysatoren ausgestattet werden – natürlich auf Kosten der Hersteller als Verursacher, nicht zulasten der Besitzer oder gar aller Steuerzahler.
- Die Nachrüstung ist möglich, sie ist hochgradig wirksam und sie ist mit Kosten von rund 1.500 Euro pro Fahrzeug auch wirtschaftlich vertretbar.

ZUKUNFT

JETZT MACHEN